

**Thema: Ein Beitrag zur Programmdebatte - Sächsische Positionen für eine moderne Familienpolitik der LINKEN**

Beschluss des Landesvorstandes vom 04. April 2008

---

**Beschluss:**

Der Landesvorstand beschließt die oben beschriebenen Positionen „Für eine moderne Familienpolitik“ als ein Beitrag zur programmatischen Debatte der LINKEN.

---

**Für eine moderne Familienpolitik**

Familien brauchen die Solidarität der Gesellschaft. Hierfür sind der Erhalt und der gezielte Ausbau sozialstaatlicher Leistungen und die öffentliche Verantwortung für Kinder notwendig. Wer stattdessen an familiäre Verantwortung appelliert, um den Staat zu entlasten sowie Solidarität und Verantwortung in private Zusammenhänge zu verdrängen, handelt verantwortungslos.

Eine emanzipatorische und soziale Familienpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie allen Gesellschaftsmitgliedern, aber gerade auch denen, die ohne staatliche Unterstützung von tatsächlicher gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wären, ein gutes Leben und eine optimale Entwicklung ermöglicht.

Die Familienpolitik der LINKEN will allen Menschen im Land die Entscheidung für Kinder erleichtern und die Lebensbedingungen von Familien konsequent verbessern. Alle Frauen und Männer sollen die freie Entscheidung darüber treffen können, wie sie ihre Kinder betreuen und aufziehen wollen.

Keine Entscheidung und keine Lebensweise, bei der das Wohl des Kindes im Mittelpunkt steht, darf benachteiligt werden. Deswegen ist Familie für uns dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen, unabhängig vom Trauschein. Auch lesbische und schwule Paare oder allein Erziehende mit ihren Kindern sind für uns Familien. „Wir setzen uns daher für die völlige Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht ein und fordern die rechtliche Anerkennung von Regenbogenfamilien“.

Linke Familienpolitik will den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zum Berufsleben – sie orientiert sich am Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele erheben wir folgende Kernforderungen.

**Frühkindliche Bildung ausbauen und qualifizieren**

Kinderbetreuung als gesellschaftliche Aufgabe ist kein Notnagel, sondern sie ist eine Bildungschance und ein soziales Recht der Kinder.

Kinderkrippen und Kindergärten, die allen Kindern uneingeschränkt offen stehen sollen, sind Orte der Bildung und Erziehung. Sie können am Abbau sozialer Ungleichheit mitwirken und fördern soziale Kompetenz und sie sind für viele Kinder der einzige Ort, an denen sie andere Kinder und Menschen aus anderen gesellschaftlichen Schichten treffen. Zugangsbeschränkungen gleich welcher Art, wie sie manche Kommunen aus Kostengründen eingeführt haben, sind mit unseren Zielen daher unvereinbar.

Wir brauchen einen bedarfs- und qualitätsgerechte Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote. Bei Krippenplätzen ist Sachsen nur noch ostdeutsches Schlusslicht – deshalb sind hier besonders große Anstrengungen erforderlich.

Die Elternbeiträge für Kindertagesstätten sind eine finanzielle Belastung für junge Familien und stellen zumindest teilweise eine Zugangshürde dar. Deshalb sind sie schrittweise abzuschaffen. Kitas müssten wie alle Bildungseinrichtungen grundsätzlich kostenfrei sein. Darauf wollen wir schrittweise hinarbeiten.

Kinderbetreuung als gesellschaftliche Aufgabe braucht Qualität. Dazu gehören

- eine deutliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindergärten und Kinderkrippen
- die Sicherstellung einer ausreichenden Vor- und Nachbereitungszeit für ErzieherInnen
- die deutliche Verbesserung der Fachberatung, sowie der Fort- und Weiterbildung für ErzieherInnen,
- ein deutlich höherer Anteil männlicher Erzieher in den Kindertagesstätten sowie
- mittel- und langfristig die Anhebung des Ausbildungsniveaus für ErzieherInnen auf Hochschulniveau.
- Verbesserte gesundheitliche Prävention

Kinder mit besonderem Förderbedarf oder Kinder aus Familien mit schwierigen Randbedingungen benötigen zusätzliche Aufmerksamkeit und Hilfe. Dazu müssen

- Kitas in sozialen Brennpunkten besonders unterstützt und mit Ressourcen ausgestattet werden sowie
- in Kindertagesstätten qualifizierte Angebote der Familienbildung erfolgen.

### **Kinderarmut bekämpfen**

Das 2007 eingeführte Bundeselterngeld als individualisierte Lohnersatzleistung verfolgt zwar gleichstellungspolitisch einen richtigen Grundgedanken und ist in vielerlei Hinsicht ein Fortschritt gegenüber dem Erziehungsgeld. Es benachteiligt jedoch in der Praxis Erwerbslose, gesetzlich Versicherte und BezieherInnen niedriger Einkommen sehr deutlich. Gleichstellung der Geschlechter darf kein Privileg der Besserverdienenden sein.

Das sächsische Landeserziehungsgeld darf die Ungerechtigkeiten des Bundeselterngeldes nicht verschärfen – wie es dies bisher tut – sondern es muss so umgestaltet werden, dass es diese Ungerechtigkeiten möglichst kompensiert. In seiner gegenwärtigen Form und Ausgestaltung wird es den schlechten Ruf als „Herdprämie“ nicht verlieren. Deshalb fordern wir, mit den Mitteln des Landeserziehungsgeldes den Sockelbetrag des Bundeselterngeldes auf 900€ zu erhöhen, einen dritten PartnerInnenmonat einzuführen und den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gesetzlich zu verankern.

Alleinerziehende tragen nach wie vor ein besonders hohes Armutsrisiko – es ist doppelt so hoch wie bei anderen Familien, deshalb bedürfen sie der besonderen Unterstützung. Zur Bekämpfung der Kinderarmut an ihren Wurzeln treten wir mittel- und langfristig für die Einführung einer ausreichenden Kindergrundsicherung ein. Auf dem Weg dahin streiten wir für eine deutliche Anhebung des Kinderzuschlags und eine Anhebung des Kindergeldes.

In Sachsen setzen wir uns für ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen sowie für die Einführung von Sozialpässen ein, denn Kinder brauchen unabhängig vom Einkommen der Eltern eine gesunde und ausreichende Ernährung sowie den freien Zugang zu allen außerschulisch bildenden und kulturellen Einrichtungen

### **Leitbild berufstätiger Eltern unterstützen- Ernährermodell abschaffen**

Das Familienrechtssystem der Bundesrepublik orientiert sich bis heute am so genannten „Ernährermodell“ der westdeutschen Nachkriegs- und „Wirtschaftswunder“-Gesellschaft. Dieses Modell stützt sich auf das traditionelle Familienbild eines Ehepaares mit Kindern: Der Vater ernährt mit seinem Erwerbseinkommen die gesamte Familie und die Mutter führt den häuslichen Haushalt. Dieses Familienbild entspricht der ostdeutschen Realität seit 60 Jahren nicht mehr, es entspricht aber längst auch im Westen nicht mehr den Wünschen der Mehrheit. Trotzdem ist die westdeutsche Familienpolitik der 50er Jahre bis heute in vielerlei Hinsicht bestimmend und nach wie vor in vielen Regelungen allgegenwärtig, wie z.B.

- dem Ehegattensplitting statt der Kinderförderung,
- den Hinterbliebenenrenten statt den eigenständigen Rentenansprüchen für Frauen und Männer,
- der kostenfreien Familienmitversicherung in der Krankenversicherung statt der umfassenden Bürgerversicherung für alle.

Alle familienpolitischen Vorschläge müssen von uns als LINKE darauf geprüft werden, ob sie zur Überwindung dieses antiquierten Familienleitbildes beitragen oder ob sie umgekehrt Gefahr laufen, eher dessen Konservierung bzw. Restaurierung zu fördern. Vorschläge wie das "Betreuungsgeld" oder das „Erziehungsgehalt“, wie sie von Christa Müller als familienpolitische Sprecherin der Linken im Saarland formuliert werden, sind ungeeignet, einerseits zur gerechten Teilung der häuslichen Reproduktionsarbeit und andererseits der außerhäuslichen Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern beizutragen. Auch den Kindern, die die Gemeinschaft anderer Kinder brauchen, die sie heute häufig nur noch in der Kita erfahren und die weibliche und männliche Bezugspersonen und Vorbilder brauchen, werden diese Modelle nicht gerecht. Ohne dem Prinzip der Erwerbsarbeit oder neoliberaler Ideologie zu huldigen, sollte eine selbständige und gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen, Vätern und Müttern am Berufsleben unser Leitbild bleiben. Wissenschaftliche Studien haben erst kürzlich wieder gezeigt: Kinder profitieren vom Besuch einer Kinderkrippe, sie sind förderlich für ihre Entwicklung. Wenn Christa Müller sie als schädlich einstuft und sie mit Genitalverstümmelung gleichsetzt, dann ist das nicht nur eine Beleidigung der meisten Ostdeutschen, die nämlich eine Krippe besucht haben, sondern einfach ein geschmackloser Vergleich, gegen den wir uns in aller Schärfe wenden. Im Gegenteil: Wir können als LINKE stolz darauf sein, dass wir ein gutes Netz an Kinderkrippen in Ostdeutschland gegen zahlreiche Angriffe der CDU 17 Jahre lang weitgehend erfolgreich verteidigt haben. Nach wie vor kann sich die ostdeutsche Krippenlandschaft auch international blicken lassen und wäre ein gutes Vorbild für den Westen.

### **Arbeitswelt familienfreundlich umgestalten – Geschlechterrollenverständnis aufbrechen**

Unsere Politik dagegen folgt dem Leitbild, das Frauen wie Männer berufstätig sein wollen und auch berufstätig sein können, um ihre Existenz eigenständig zu sichern. Leider müssen sich insbesondere Mütter heute wieder stärker zwischen Beruf und Familie entscheiden. Deshalb brauchen wir eine familienfreundliche Arbeitswelt für Frauen und Männer und wir brauchen eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, erfordert deutlich größere Anstrengungen der Gesellschaft – zu aller erst von den Unternehmen, aber auch von den Kommunen, welche die Eltern darin unterstützen sollten, ihren Alltag mit Kindern zu organisieren.

Deshalb unterstützen wir Maßnahmen, wie

- die Förderung der familienfreundlichen Umgestaltung von Unternehmen, etwa durch flexible Arbeitszeiten, Heimarbeit und Betriebskindergärten
- Arbeitszeitverkürzung,
- den Ausbau von existenzsichernder Teilzeitarbeit insbesondere für Männer,
- die Förderung beruflicher Qualifizierung in Kindererziehungsphasen,
- Modelle, die Kindererziehung während Ausbildung oder Studium erleichtern,
- die Unterstützung von BerufsrückkehrerInnen,
- Großelternpatenschaften und Mehrgenerationenhäuser,
- flexible und längere Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen sowie
- die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern.

DIE LINKE will Sachsen zu einem familienfreundlichen Land machen, in dem sich Frauen und Männer für Kinder entscheiden können und in dem jedes Kind die gleichen Chancen erhält – dafür streiten wir im Land und in den Kommunen. DIE LINKE ist die erste Adresse für Familien in Sachsen!

f. d. Richtigkeit des Beschlusses

Rico Gebhardt

Landesgeschäftsführer  
der LINKEN Sachsen

Dresden, am 8. April 2008